

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erzheimat

Wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus und
bei allen Postanstalten 1 Mk. 50 Pf.

Druck und Verlag von

B. Hunold's Stadt- und Buchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Angelogen-Preis:

für die einseitige Beilage oder deren Raum 20 Pf.
Zusatzentnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erzheimatstage.

Nr. 41.

Verlagsnr. Nr. 19

Mittwoch, den 21. Mai 1919.

Verlagsnr. Nr. 19

41. Jahrg.

Der deutsche Gegenworschlag.

Verailles, 19. Mai. Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß der deutsche Gesamt-Gegenworschlag, der am 22. Mai als Denkschrift den allierten Mitgliedern der Konferenz überreicht werden soll, die folgenden Grundlinien haben wird. Die Deutschen beharren auf den 14 Punkten Wilsons und verlangen, darauf fußend, Volksabstimmung in den strittigen Ortsgebieten. Ferner wird das Angebot eines Wirtschaftsbereiches über die Saarlande erfolgen, über das bereits eine Note von Seiten Deutschlands überreicht worden ist. Deutschland wird sich ferner zum Wiederaufbau der zerstörten Gegenden verpflichten, wogegen es alle Erleichterungen und diejenigen Rohstoffe erhalten soll, die für die Wiederbelebung seiner Arbeiten notwendig sind. Die Kontingents-Ziffer des deutschen Heeres soll vorläufig höher bleiben, als im Friedensvertrag festgesetzt ist. Als Beweis für seinen ernstlichen Abstrittungswillen ist Deutschland bereit, die ganze Kriegsflotte der Friedenszeit abzuliefern, verlangt aber keine Handelsflotte zurück. Bei der Nichtannahme dieses Gesamt-Friedens-Vorschlags müßte die Regierung die Gesamtunterzeichnung verweigern.

Wir antworten am Donnerstag.

Berlin, 20. Mai. Die deutsche Gesamtantwort auf die Friedensbedingungen der Entente wird, wie wir erfahren, am kommenden Donnerstag durch den Grafen Brockdorff-Rantzau in Versailles überreicht werden.

Verlängerung der Frist zur Unterzeichnung?

Verailles, 17. Mai. Die deutsche Friedensdelegation ist ununterbrochen mit der Herstellung der Beantwortung des Friedensentwurfs beschäftigt, welche bis zum 22. Mai erfolgen muß. Der erste Teil dieser Antwort ist nun an die deutsche Reichsregierung nach Berlin zur Kenntnisnahme und Entscheidung übermittelt worden. Darin werden die Gegensätze zwischen dem von Wilson versprochenen Friedensprogramm und den jetzigen Bedingungen dargelegt. In den nachfolgenden Ausführungen wird der deutsche Standpunkt ausführlich klargestellt und zugleich werden die deutschen Gegenworschläge unterbreitet. Wie sich die Dinge auch bis zum 22. Mai gestalten, so ist bis jetzt doch nicht zu übersehen, ob Deutschland auch eine Verlängerung der Frist bis Anfang Juni gewährt werden wird. Man muß sich aber auch darauf gefaßt machen, daß unter Umständen nach dem 22. Mai eine rasche Wendung der Dinge eintritt.

Einschüchterungsversuche der Entente.

Wie mitgeteilt wird, werden seit einigen Tagen von Frankreich nach dem besetzten Deutschland fortgesetzt Züge mit Kanonen dirigiert. Auf einem Bahnhof des Hennegaus wurden in weniger als 12 Stunden 10 Züge schwere Artillerie gezählt. Belgien hat fünf Jahresklassen wieder einberufen. 800 000 Waggons mit Munition, die in Belgien liegen, dürfen noch immer nicht freigegeben werden, da die Exekution der Entente ihre Einwilligung verweigert. Da die belgische Presse über diese Dinge offen spricht, so ist die Absicht einer Prestigeaktion auf Deutschland unverkennbar.

Keine Änderungen des Friedensvertrages.

London, 16. Mai. (Reuter.) Curzon sagte heute in einer Rede im Unterhaus, daß die Alliierten in jeder Weise ihre Vorbereitungen getroffen hätten, falls die Deutschen sich weigern sollten, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Es würde in keine wesentliche Änderungen des Friedensvertrages eingewilligt werden. Ablehnung der hauptsächlichsten deutschen Gegenforderungen.

Rotterdam, 18. Mai. Eine Reuter-De-

pêche meldet aus Paris, daß der Hauptteil der deutschen Gegenforderungen abgelehnt wurde, daß schriftliche Weiterverhandlungen dagegen zugestanden worden sind.

Eine weitere deutsche Note über das Saargebiet.

Verailles, 18. Mai. Am 17. Mai ist dem Präsidenten Clemenceau eine weitere, das Saargebiet betreffende Note übergeben worden. Die Note enthält Vorschläge deutscher Sachverständiger zur Deckung des französischen Kohlenbedarfs durch geeignete Mittel als die in dem Friedensentwurf vorgesehen. Eine Veröffentlichung des Wortlautes der Vorschläge ist für den Fall in Aussicht genommen, daß hierauf auch von gegnerischer Seite Wert gelegt wird.

Die Scheu vor der Öffentlichkeit?

Verailles, 17. Mai. Die Veröffentlichung des Wortlautes des Friedensvertrages durch die französische Presse ist verschoben worden, da der Vizepräsident in Abwesenheit von Lloyd George, der gestern an der Somme-Front geweselt hat, erst heute den betreffenden Beschluß fassen kann. „Von Solk“ ist wegen Veröffentlichung einzelner Teile des Vertrages gestern abend in Paris beschlagnahmt worden. „Zeit Parisien“ hat hierher, daß der Friedensvertrag den Kammern erst nach seiner Unterzeichnung amtlich vorgelegt werden könne.

Geheimhaltung des Friedensanschlusses.

Berlin, 19. Mai. Der Friedensanschluß der Nationalversammlung ist für Montag nachmittags sechs Uhr zur Entgegennahme besonders vertraulicher Mitteilungen eingeladen worden. Die Einladung erfolgte nicht durch den Präsidenten des Ausschusses, sondern durch die Reichsregierung. Zuhörer aus Abgeordnetenkreisen sind wieder nicht zugelassen. Es handelt sich offenbar um die Vorlegung und Durchberatung der deutschen Gegenworschläge, die am nächsten Donnerstag von der deutschen Delegation in Versailles überreicht werden sollen. Der Papst verwendet sich bei der Entente.

Wie die „Schlesische Volkszeitung“ erfährt, hat der Fürstbischof von Breslau auf seine Bitte an den St. Vater um Intervention für Milderung der Friedensbedingungen vom Nuntius in München die offizielle Mitteilung erhalten, daß Seine Heiligkeit bereits in dieser Richtung tätig ist.

Die Kriegsschuld.

Berlin, 17. Mai. Das Kapitel Kriegsschuld wird durch eine neue wichtige Tatsache bereichert, die dem Geschäftsbericht der Deutschen Bank entnommen ist. Daraus geht hervor, daß England bereits am 27. Juli 1914 alles Gold an sich zog, während Deutschland und Oesterreich-Ungarn noch am 30. Juli Gold nach Frankreich und England ausfuhren. Auch hat Deutschland der russischen Regierung noch kurz vor Kriegsausbruch große Guthaben ausgezahlt. Diese Tatsachen beweisen, da die Finanzwirtschaft einer der besten Gradmesser der politischen Mitsprachefähigkeit ist, auf die hinlänglich, daß man deutschereis bis zum letzten Augenblick mit einer Vermeidung des Krieges rechnen zu können glaubte.

Die norwegische Presse zu den Friedensbedingungen.

Immer einheitlicher in der Ablehnung wird die Stellung der norwegischen Presse zu den Friedensbedingungen: „Verdens Gang“ schreibt in seinem Leitartikel: Neben den Landforderungen seien besonders die wirtschaftlichen Bedingungen derart unerhöht und wucherisch, daß jeder, der noch Sinn für Zahlen und Werte habe, sie als völlig unerfüllbar bezeichnen müsse. Auch „Intelligensbeiler“ betont in seinem Leitartikel, bei aller Verechtigung der belgischen

und französischen Ansprüche auf Wiedergutmachung gebe es eine Grenze für die Belastung des besetzten Deutschlands. Auch bei der Festlegung der Obergrenzen sei das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt, ebenso wie die Wegnahme sämtlicher deutscher Kolonien im Widerspruch mit Wilsons Punkten stehe. Im „Aftenposten“ bezeichnet der norwegische Museumsdirektor Groth die Bestimmung des Friedensvertrages über Auslieferung von in deutschem Besitz befindlichen Kunstwerten belgischer Herkunft als Raub und rüchlosigen Mißbrauch, gegen welchen die gesamte gestittete Welt einmütig protestieren müsse.

Der Friede wird nicht unterzeichnet, wenn ..

Berlin, 20. Mai. Wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, will ein Berliner Blatt von maßgebender deutscher diplomatischer Seite erfahren haben, daß der Friede nicht unterzeichnet werde, wenn die Entente auf der Abtretung Oberschlesiens sowie von Teilen Ost- und Westpreußens bestehen sollte. Der Friede werde auch nicht unterzeichnet, wenn die Bestimmungen über das Saarbecken aufrecht erhalten bleiben sollten.

Wir lehnen diese Bedingungen ab. Präsident Ebert über den Frieden.

Berlin, 19. Mai. (Müll.) Gewaltige Menschenmassen aus allen Parteien waren gestern Mittag dem Rufe der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung zu einer Kundgebung gefolgt, die mit einer dem ungenügenden Charakter der Entente angemessenen Würde und Entschlossenheit die einseitige Stimmung des deutschen Volkes gegenüber dem uns angebotenen Gewaltfrieden zum Ausdruck bringen sollte.

Am Königsplatz sprachen zu den noch vielen Tausenden zählenden Menschen Dr. Magnus Girsfeld, der Generalsekretär der Christlichen Volkspartei, Dr. Maximilian Pfeiffer und der sozialdemokratische Abgeordnete Adam Davidsohn. Ein langer Zug führte sich dann in Bewegung zur Wilhelmstraße, 5 weitere Züge, von verschiedenen Stadtteilen kommend, schlossen sich an. Bald war die Wilhelmstraße gefüllt von Menschenmassen, die bringend nach dem Reichspräsidenten verlangten.

Präsident Ebert erhielt auf dem Balkon des Reichstags das Zuzern und hielt folgende Ansprache:

Es geht ein Schrei der Entrüstung und Empörung durch das ganze Volk und mit Recht. Wir wären ehelos und würdelos, wenn wir nicht unsere ganze Kraft aufbieten würden gegen die Schmach, die uns angeboten wird. Die Arbeiterklasse vor allem wäre es, die unter diesen schmachvollen Bedingungen elend und jämmerlich zusammenbrechen würde. Wir wären nicht in der Lage, unsere industrielle Wirtschaft aufrecht zu erhalten, und die Arbeitslosigkeit würde sich noch vergrößern. Hunderte und Tausende deutsche Arbeiter würden gezwungen, das Vaterland zu verlassen und draußen in der Welt jämmerliche Arbeitsbedingungen aufzusuchen und dann schmachvoll unterzugehen. Niemals darf sich ein Volk von 70 Millionen solche schmachvolle Bedingungen gefallen lassen. Die deutsche Regierung wird diese Bedingungen nie und nimmer annehmen. Wir lehnen sie ab, mag es kommen was kommen mag in diesen schicksalsschweren Jahren, die uns bevorstehen. In dem Kampf um Sein und Nichtsein unseres Volkes ist es notwendig, daß Mann und Frau, jung und alt sich hinter uns stellen und mit uns gemeinsam für Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen. Die Völkerverbündung und der Friede, sie leben hoch!

Ein gewaltiges, aus tiefem Herzen kommendes

des, vieldankenswürdiges Hoch erklang hervor aus den unübersehbarsten Reihen.

Ueber 11 000 Proteste.

Berlin, 19. Mai. Die Zahl der bei der Reichsregierung und preussischen Landesregierung eingelaufenen Proteste aus den gefährdeten Ostprovinzen hat am Sonntag mittig das elfte Tausend überschritten. Im Saargebiet sind die Grundgebungen der Gemeinden an die Reichsregierung von der französischen Genitur angehalten worden.

Bitte des Kardinals Hartmann an den Papst.
Rom, 15. Mai. Der „Köln. Volksztg.“ zufolge hat der Erzbischof von Köln, Kardinal von Hartmann, den apostolischen Nuntius Paselli ersucht, dem Papst unverzüglich darzulegen, daß die vom Verband von deutschen Völkern angelegten Friedensbedingungen den Reim des Volks und eine grausame Verewaltung von 70 Millionen Menschen bedent u. Der Papst wird gebeten, Schritte zu unternehmen, um das deutsche Volk vor dem drohenden Untergange zu bewahren.

Papst und Völkerverbund.

Paris, 15. Mai. Die „Lumière“ meldet aus Paris: Die deutschen Bevollmächtigten werden verlangen, daß alle Mächte, die das Haager Abkommen unterzeichneten, auch der Papst, in die Gesellschaft der Nationen sofort aufgenommen werde. An Stelle von Sent beantragte Deutschland Haag als den Ort der Sitz.

Papst Benedikt an den Reichspräsidenten.
Berlin, 16. Mai. Vom Vatikan ging dem Reichspräsidenten auf die Mitteilung seines Amtsantritts folgende Schreiben zu, das erst jetzt nach Berlin gelangt ist, weil es während der Abreise in die Hände der Post gelangt ist.

Dem ausgezeichneten, ehrenwerten Mann Friedrich Wert überlebet Papst Benedikt XV. Groß und Heil! Wie erhebt Dein Brief, worin Du in Deiner Lebenswürdigkeit und bescheidenheit, daß Du am 10. Februar in der Nationalversammlung Deutschlands zum Präsidenten dieses Reiches erwählt wurdest, und daß Du diesen Amt angenommen hast. Wir danken Dir für den Brief und begrüßen Dich zu der Dir übertragenen hohen Würde, dies um so mehr, als wir sehen, daß Du Sorge darfst tragen wirst, daß die wahren Interessen apostolischer Kirche und dem Deutschen Volke bestehenden Beziehungen nicht an unerbittlich bleiben, sondern auch fest werden sollen. Mit Recht nimmt Du an, daß es an unserer Mitarbeit hierin nie mangeln wird. Neben wir die Wertschätzung Deiner Ehrerbietung und Lebenswürdigkeit erwidern, erbitten wir für Dich von Gott alles Segenreiche und Glückliche.

Gegeben zu Rom bei St. Peter, am 2. April 1919 im fünften Jahre unseres Pontifikates.

Stimmungsumschwung in Frankreich.

Paris, 19. Mai. Seit Bekanntwerden der deutschen Gegenentwürfe macht sich ein entgegenkommenderes Verhalten der französischen Bevölkerung bemerkbar. Man hatte anfänglich von Deutschland schärfere Gegenbedingungen erwartet.

Die Anklage gegen den Kaiser.

Berlin, 19. Mai. Der Brüsseler Korrespondent des „Nieuwe Rotterdam'sche Courant“ erzählt, daß der Artikel 227 des Friedensvertrages, welcher auf den Kaiser Bezug hat, geändert worden ist. Das Verlangen, daß der Kaiser vor Gericht gestellt werden soll, wird jetzt begründet mit der „höchsten Schändung internationaler Moral.“

Russisches Ultimatum an Anmanien.

Amsterdam, 19. Mai. Das Ruterische Bureau meldet, daß die Russen ein Ultimatum an Anmanien gerichtet haben. Welche Forderungen befinden sich im Kriegszustand.

Das Ende der Türkei.

Amsterdam, 17. Mai. Die Zukunft Konstantinopels scheint jetzt endgültig geregelt zu sein. Die Stadt wird Eigentum des Völkerverbundes. Amerika, Frankreich und England werden wahrscheinlich gemeinsam als Mandatar-mächte auftreten.

Der „Telegraaf“ meldet aus Paris: Man erblickt allgemein in der Beziehung von Smyrna durch die Allierten die Annäherung des Endes der Türkei. In Kreisen der Friedenskonferenz wird erklärt, daß von einem Friedensvertrag mit der Türkei keine Rede sei, denn nach einigen Wochen, vielleicht auch Tagen, werde das türkische Reich nach einer Herrschaft von fünf Jahrzehnten zu bestehen aufgehört haben. Die Genur läßt noch nicht die Veröffentlichung der Bedingungen zu. Bisher sei nur gesagt worden, daß die europäische Türkei zum Teil an Griechenland fallen werde, während der übrige Teil dem freien internationalen Staat Konstantinopel bilden werde. Der armenische Staat werde unter das Protektorat von Amerika kommen. Kleinasiens werde durch Griechenland, Italien und Frankreich verwaltet werden. England erhalte eine wichtige Einflußsphäre in Mesopotamien.

Paris, 19. Mai. Die Aufstellung der Türkei auf Einspruch des Majoratsha von Bizanz wahrscheinlich revidiert wer-

den, sodas das Sultanat Konstantinopel bestehen bleibt.

Die Friedensbedingungen für Oesterreich-Ungarn.

Bern, 19. Mai. Informationen aus amerikanischer Quelle zufolge sind die Friedensbedingungen der Allierten für Oesterreich-Ungarn außerordentlich milde, und unterscheiden sich im Wesentlichen von denen, die Deutschland auferlegt worden sind. Aus denselben Quelle erzählt der Vertreter der Telegraphen-Kompanie, daß sich die Bedingungen ungefähr in folgendem Rahmen halten werden:

1. Anerkennung der Republik Oesterreich und der Republik Ungarn.
2. Verzicht dieser Staaten auf die Einführung der Dankspflicht.
3. Herausgabe der Banatien und schweren Gebirge.
4. Schließung der Front an den russischen Grenzpass.
5. Umwandlung der Armeen in Volkstruppen.
6. Stellung der Donauschifffahrt unter die Stellung des Völkerverbundes.
7. Abtretung eines Teiles von Transilvanien an Rumänien und des Banats Rumänien an den südslawischen Staat.
8. Abtretung Triests an Italien.
9. Oesterreich erhält das Recht auf einen Zugang zum Meere und auf Mitbenutzung der Eisenbahnen und Verkehrswege.

Genf, 19. Mai. Berner Informationen zufolge, ist der Betrag der Kriegsschuldung, die von Oesterreich-Ungarn zu zahlen ist, auf sieben Milliarden Kronen festgesetzt worden.

Die Todesopfer des Krieges.

Berlin, 17. Mai. Das Ergebnis an Toten, Vermissten und Gefangenen des Krieges liegt nunmehr bis zum 30. April vor. Es wurden gemeldet: als tot 1 676 696, als vermisst, von denen 2/10 als tot betrachtet werden können, 378 770, so daß die Gesamtsumme an Toten über 2 Millionen angenommen werden kann. Als vermisst wurden gemeldet: 4 207 028, in feindlicher Gefangenschaft schweben noch 515 922. In dieser Zahl sind aber die Zivil-Gefangenen noch nicht eingerechnet. Der Gesamtverlust beträgt 6 873 415.

Holländische Glückwünsche für den Kronprinzen.

Haag, 17. Mai. Aus Beringen wird gemeldet: Aus Anlaß des Geburtstages des deutschen Kronprinzen fanden große Sympathiegebungen der Bevölkerung von Beringen statt. Alle Häuser hatten in den holländischen Landesfarben geflaggt. Dem Kronprinzen wurden zahlreiche Gratulationen von den Einwohnern dargebracht.

Revolution und Zivilliste.

Der Stellvertreter des bayerischen Finanzministers Dr. v. S. Her hat laut „Münch. Ansb. Abendztg.“ festgestellt, daß die Zivilliste im Jahre 1917 dem früheren Könige von Bayern nach Abzug aller Lasten nur 60 000 Mark, im Jahre 1918 überhaupt keinen Pfennig zu eigenem Gebrauch übrig ließ. Diese Tatsache ist schmerzhaft, ist doppelt lehrreich, wo die Revolution seit November 1918 bis heute einschließ-lich der Schäden und Verluste in Bayern mindestens 1 1/2 bis 2 Milliarden gekostet hat. Das ist die ungeheure Bebrütete, die von uns allen — auch von der Arbeiterklasse — wieder bezahlt werden muß.

Votales u. Provinzielles.

Sobran D. S., den 20. Mai 1919.

S (Die Stadtverordneten) treten am Donnerstag den 22. Mai, abends 7 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Die wichtige und ziemlich umfangreiche Tagesordnung ist im Anzeigenteil dieser Nr. veröffentlicht.

S (Die Protestkumgebung in Rybnik) am vergangenen Sonntag nachmittag gestaltete sich zu einer gewaltigen und imposanten Demonstration gegen den Gewaltfrieden, den uns die Feinde aufzwingen wollen. Trotz des kalten regnerischen Wetters hatten sich fast 10 000 Personen (Männer, Frauen und Kinder) auf dem Range vorstellend versammelt. Die Regimentskapelle Haupt und die Rumower Bergkapelle eröffneten die Kundgebung mit vaterländischen Weisen. Als erster Redner ergriff Gymnasialprofessor Dr. Müller das Wort, welcher, fufend auf die Ehrlichkeit und Treue, jene hervorragenden Eigenschaften des deutschen Volkes, den uns angebotenen Frieden als unannehmbar und unerfüllbar bezeichnete. Landtagsabgeordneter A. S., der zweite Redner, griff tief ins politische und wirtschaftliche Leben und gab die Richtlinien für einen idealen Völkerverbund, wie sie Deutschland sich dachte, als es aus sich heraus den vielgehassten preussischen Militär-Ansatz begründ. Dafür nun liegt die Entente die Welt in neue Ketten und bedrückt besonders uns, wogegen wir protestieren, und zwar einmal als deutsche, zum andern als gerechte Menschen. Wieder die Schwadachschreier der Entente gebe es nur eine Antwort: Vleber tot als Sklave! (langsam. Bravo!) Redner freizete dann die Gebetsabteilungen und ver-

urteilt, daß wir uns wie eine Viehherde verhalten lassen wollen. Das abzulassen, sei besonders Sache der Arbeiterklasse, für welche bei einer Grenzverletzung alle kulturellen Ererungenschaften deutscher Art zerstört würden. Das Oberschlesien betreffe, sei es wohl polnisch durch, aber unendlich, und so solle es bleiben (leib. Beifall) und durch das Selbstbestimmungsrecht diesem Zukunftswillen Ausdruck gegeben werden. (Beif.) Da durch den Friedensvertrag nicht wir allein, sondern auch viele andere Völker Sklaven würden, opponierten wir auf sie auf, unser Rat auf Abstützung solcher Forderungen zu unterstützen und anderen, die Völker vordringenden Frieden zu schaffen. — Darauf fanden drei Resolutionen einstimmige Annahme. In der ersten wird gegen den Gewaltfrieden protestiert, den Deutschland nicht annehmen könne, in der zweiten wird Protest erhoben gegen die Voreilehung Oberschlesiens, in der dritten wendet sich das deutsche Völkertariat an das Völkertariat der ganzen Welt und auch der feindlichen Mächte, damit diese helfen sollten, einen Frieden zu erreichen, der ein wirklicher Weltfrieden werden könne. Mit Hochrufen auf Deutschland, Schlesien und Oberschlesien und dem Riede „Deutschland über alles“ fand die Demonstration am Ringe ihren Abschluß. Danach setzte sich der schier endlose Demonstrationzug durch die mit Fahnen geschmückten Straßen der Stadt in Bewegung, in dem die beiden vorderen Hauptgruppen spielten und brausend vaterländische Lieder erklangen. Als der Zug am neuen Ring sich aufstellte, trat der Protokollführer des Grenzschutzes ein, welcher jubelnd begrüßt wurde Alles ging glatt in Ordnung ab. Die Kundgebung wurde ausgedehnt.

(Gehend erwähnen müssen wir die zahlreiche Beteiligung der Sozialen Bevölkerung an dem Demonstrationzuge in Rybnik. Während Sokran fast gänzlich durch Abwesenheit glänzte, waren von Loslau, obwohl dort erst am Donnerstag vorher eine eigene Protestkumgebung stattfand (siehe unter Loslau), der Arbeiterverein, Selangoreiter und besonders der Turnverein in stattlicher Anzahl erschienen. Die schwache Beteiligung der Sobraner Einwohner ist wohl hauptsächlich in der hier eingewurzeltten ganz eigenartigen „Kriegsgeist“ zu suchen, durch welche auch die heftige Kundgebung unmöglich gemacht wurde. Da sollten wir Sobraner an den Rybnikern und vor allem auch an den Loslanern ein Beispiel nehmen. Wir aber sagen: „Ehrlos jeder Deutsche, der heute absteht recht!“ Hat doch selbst der Vorkämpfer Dr. Dzial in Rybnik selber Tage dem Vorliegenden der dortigen Beamtenreinigung gegenüber dasselbe erklärt. D. Red.)

(Eine Abkündigung) in den bedrohten Gebieten findet, wie von zufälliger Seite gemeldet wird, vorläufig nicht statt. Die Protestbewegung hat dort alle Volksteile mit so elementarer Gewalt erfasst, daß man glaubt, daß schon dies einen nachhaltigen Eindruck auf unsere anfänglich schlecht unterrichteten Feinde nicht verfehlen wird. In Oberschlesien z. B. sind unter dem Eindruck der Friedensbedingungen, welche die wahren Ziele der Entente auch gegenüber Polen verraten haben, sogar Volksteile, die bisher lau und schwankend waren, aufgerüttelt worden. Selbst die hervorstechendsten Führer der Unabhängigen haben sich angefangen der gemeinsamen Not doch wenigstens restlos auf den deutschen Standpunkt gestellt.

(Oberschlesien bleibt deutsch?) Der „Ob. Wand.“ meldet: Auf Grund eines Telegrammwechsels, welchen die gestern in Katowitz auf eine amerikanische englische Kommission mit der französischen Regierung gehabt hat, kann die bestimmte Erwartung ausgesprochen werden, daß die Entente auf die Abtretung Oberschlesiens an Polen nachträglich noch Verzicht leistet.

(Für die Erhaltung Oberschlesiens.) Die Preussische Staatskommission für Oberschlesien meldet: Am Donnerstag hielt Justizminister Heine in Katowitz unter dem Vorsitz des Staatskommissionärs für Oberschlesien eine Konferenz, an der aus Oberschlesien teilnahmen: Die Oberbürgermeister, die Landräte, die Verwaltungsbeamten, die Geistlichkeit, die Vertreter der Großindustrie, des Handels, des Handwerks, der Gewerkschaften und aller politischen Parteien. Justizminister Heine gab ein Bild von der Lage, die der Verfall der Gewaltfriedensentwürfe geschaffen. Er betonte in seinen ausführlichen Darlegungen, daß die Regierung alles tun werde, um Oberschlesien der deutschen Republik zu erhalten. Er bitte daher alle Kreise, festzubleiben gegenüber allen Lockungen Polens. Die deutsche Regierung verurteilt den Krieg und wolle auch keinen weiteren Krieg, werde aber Oberschlesien bis zum Friedensschluß militärisch auf jeden

Stapin aus Seibersdorf veräußert worden. Man ging seinen Hause schon einmal mit Dynamit aufgelassen, es nahm aber damals keinen zu schweren Schaden. Dieses Mal wurde wieder ein Sprengschuß zur Explosion gebracht. Von dem gewaltigen Einsturz wurden 140 Fenster und eine große Scheunentferliche eingebrochen. Weiter Schaden entstand auch dieses Mal nicht. Man ist den Altenkisten auf der Spur.

Dorf Jastrzeb, 17. Mai. Bei dem Müller Moritz in Dorf Jastrzeb drangen 5 Männer ein und verlangten mit vorgehaltenem Revolver Geld. Sie nahmen 4000 Mark in Bar, Lebensmittel und Kleidungsstücke. Die sofortige Befreiung der Mäuler seitens der Nachbarn mit Hilfe von Grenzschutzsoldaten wurden aufgesommt. Auf dem Bahnhof Jastrzeb wurde ein Mann festgenommen.

Krupau, Kreis Blyndt, 19. Mai. In den letzten Jahren gelang es dem Fortschrittsklub, die beiden Bildervereine Jgztelbo und Kanto zu stellen und ihnen die Waffen abzunehmen. Auf dem Transport zur Polizei gelang einer der Bildervereine dem angeblichen Fortschrittsklub ein Gewehr und Schußwaffen mit dem Rollen abzurufen. Die hierauf stehenden Bildervereine wurden bald darauf in der Wohnung ihrer Eltern verhaftet.

Kyballtau, 17. Mai. Der „Oberösl. Wand.“ meldet: In Kyballtau sollten die Mannschaften des Grenzschutzes zum Appell mit Handgranaten geübt werden. Hierbei gingen einige Leute unvorsichtig mit den Handgranaten um, von denen sich einige entzündeten. Drei Mann wurden getötet, einer schwer und sieben leicht verletzt.

Sohrau, 17. Mai. (Protokollabgabe) Am Donnerstag fand hier eine eindrucksvolle Kundgebung gegen den ungemessenen Schandfrieden und gegen die geplante Besetzung Oberschlesiens vom deutschen Reich statt. Durch gegen die Kinder der Volksschule und der höheren Mädchenschule in Begleitung sämtlicher Lehrer und Lehrerinnen mit Fahnen, Fackeln und Protestfahnen nach dem Sammelplatz, dem Schlossgarten. Dann rückten der Landwehr, 3 Kompanien Soldaten und der Rittergüter mit Musik und Fahnen an. Aus allen Straßen, Gassen und Gäßchen strömten Männer und Frauen herbei. Um 4 Uhr ordneten sich alle Versammelten in die Reihen der Marsch durch das Städtchen. Auf dem Marsch wurden folgende Reden gehalten: „O Deutschland hoch in Ehren“, „Deutschland, Deutschland alle alle“, „Es braut ein Auf wir Donnerhall“. Auf dem Marsch wurden zwei Ansprachen gehalten, die die Versammelten wiederholt durch Beifallsstürme unterbrochen. Sie trat die ehemalige Abgeordnete, so schworen sie: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, über den Tod als in der Anekdote leben. Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen“. An den Präsidenten des Reichsmilitärkongresses, Schönbemann, wurde folgende Entschuldigungsabgabe: Gegen 2000 hier versammelte deutsch und polnisch sprechende Bürger von Sohrau erhob den kommenden Einspruch gegen den ungemessenen Schandfrieden und insbesondere gegen die beschlossene Besetzung Oberschlesiens vom deutschen Reich. Sie wollen in alle Zukunft treue Bürger Preußens und Deutschlands sein.

Bekanntmachung.
Am Freitag den 23. d. M. werden in allen hiesigen Fleischverkaufsstellen pro Kopf 100 Gramm amerikanischer Speck zum Preise von 6,80 M. pro Pfund zum Verkauf gelangen.
Ferner bringen wir zur allgemeinen Kenntnis, daß durch Beschluß des Lebensmittel-Ausschusses vom 19. 5. cr. die den Fleischern Franz Hensel, Paul Schymalla, Carl Seppanek und Josef Adamek III auf die Dauer von 4 Wochen entzogene Fleischzuteilung wieder aufgehoben worden ist.
Wir ersuchen den Zell der Einwohnerschaft, der früher bei den obigen Fleischern den Fleischbedarf deckte, sich wieder in die Kundennisse bei einem der genannten 4 Fleischern unter Abgabe der Fleischkarte eintragen zu lassen.
Auch bei den übrigen Fleischverkaufsstellen sind die neuen Fleischkarten sofort abzugeben. Bemerkt wird, daß der amerikanische Speck nur gegen Fleischkarte verkauft werden darf und zwar sind von den zur Verfügung stehenden 10 Fleischkarten (Wochen-)Anteilen 5 für den Einkauf des Speckes zu verwenden, während die übrigen 5 Anteile für den Fleisch-Einkauf frei zu behalten sind.
Sohrau O.S., den 20. Mai 1919.
Der Magistrat. Reich.

Zugelassen eine Gans.
Abzuholen gegen Erstattung der Kosten bei C. Unruh.

Aus meinem bereits im übrigen aufgeteilten **Gute Ober-Oschin** ist noch ein Rest von etwa 100 Morgen, bester Boden, gut gelegen, unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Kauflustige wollen sich mit einer entsprechenden Anzahlung am **Donnerabend den 24. Mai 1919, nachmittags 3 1/2 Uhr** bei mir einfinden.

Wilhelm Willmer,
Gutsbesitzer in Ober-Oschin.

Bekanntmachung.
Es wird beachtet, in Folge für die hiesige Stadt einen Wohnungszweck einzuführen.
Der Durchführung dieses Vorhabens haben alle diejenigen Hausbesitzer, welche eine vermietbare, u. B. leerstehende oder nicht für Wohnzwecke benutzte Wohnung zur Verfügung zu stellen haben, dies unter genauer Bezeichnung der Räume sofort und spätestens bis zum 28. d. Mts. bei uns anzugeben.
Ferner wollen sich diejenigen Einwohner, welche eine Wohnung benötigen, bei uns — Wohnungszweck mitteilen. Es wird schon bemerkt, daß erst zwangsmäßig gegen diejenigen Hausbesitzer vorgegangen werden wird, welche vermietbare Räume besitzen, solche aber nicht anmelten.
Sohrau, den 20. Mai 1919.
Der Magistrat. Reich.

Donnerstag, den 22. Mai cr. abends 7 Uhr
findet eine öffentliche Sitzung der **Stadtverordneten-Versammlung** statt, zu welcher die Herren Mitglieder unter Hinweis auf § 2 der Geschäftsverteilung ergebend eingeladen werden.

Tagesordnung:
A. Kenntnisnahme:
1. von den Abschlüssen der Räumerei- und Sparkasse pro Monat März und April cr.
B. Magistratsanträge:
1. die Hälfte des Geschäftswortens der Sparkasse aus dem Jahre 1918 mit 8079,37 M. des einzelnen Fonds zuzuführen,
2. die Wahl eines Mitgliedes in den Verwaltungsrat der Sparkasse vorzunehmen,
3. dem deutschen Hilfswerk für Kriegs- und Zivilgefangene 100 M. zu bewilligen,
4. dem Herrn Friedrich Kumpflosken in Höhe von 490 Mark zu erstatten,
5. dem Volkshilfsvereins Schilling, welcher sich an dem Karuss der Volksschule beteiligt, an 200 M. und Verpflegungskosten 350 M. zu bewilligen,
6. Wahl einer Kommission zur Festsetzung und Beschaffung von Wohnungen,
7. den städtischen Beamten nach der staatlichen Grundbesitz- der Muregelung laufende Kriegsteuerzuschüsse zu gewähren,
8. die Zulage der städtischen Nachwächter vom 1. April cr. ab auf 75 Mark zu erhöhen,
9. den Volksschullehrern Ortszulagen entsprechend den Gehältern des Oberösl.ischen Landrichters zu bewilligen,
10. die Amtszulage des Rektor Hartmann von 900 M. auf 1200 M. zu erhöhen.
Sohrau O.S., den 18. Mai 1919.
Nowak, Stadtverordneten-Vorsitz.

Bekanntmachung.
Sohrau und die zur Ausgabe erforderlichen Einzahlungsmarken noch rechtzeitig zugehen, wird noch in dieser Woche das uns zugewiesene **amerikanische Weizenmehl** in einer Menge von 1/2 Pund je Kopf und Woche ausgegeben werden. Die Ausgabe erfolgt immer nur für eine Woche.
Der Preis für 1/2 Pbd. beträgt 1,10 M. Auf alle des amerikanischen Weizenmehls steht es der versorgungsberechtigten Bevölkerung frei, inländisches 94% iges Mehl zu entnehmen.
Der Verkauf findet nur bei Herrn D. Schieler und A. Bock statt.
Sohrau O.S., den 20. Mai 1919.
Der Magistrat. Reich.

Bekanntmachung
Wir weisen die beteiligten Steuerpflichtigen darauf hin, daß die Formulare für die Vermögensverzeichnisse eingetroffen und bei uns abzuholen sind.
Sohrau O.S., den 14. Mai 1919.
Der Magistrat. Reich.

1 Bettstelle mit Matratze,
1 Sofa, 1 Waschmaschine und 1 Waschtischmangel — Tischmangel — sind sofort zu verkaufen. Zu erfragen Friedrichstr. 27 I. Et.
Kriegsbeschädigter, 27 Jahre, kräftige mittlere Statur, lebenslustig,
sucht passende Lebensgefährtin.
Etwas Vermögen erwünscht, auch Einbeirat in Landwirtschaft. Zuschriften mit Bild unter H. K. 55 postlagernd Warschowitz.

Bekanntmachung.
Für die laufende Woche wird in den bekannten Verkaufsstellen gegen Abschalt o. der Festkarte verkauft:
80 gr. Auslandsbutter (je Portion 1,25 M.)
125 gr. Runkelrüben.
Die Bezugs-Abschalt o. sind bis Mittwoch, den 21. d. M. nachm. 6 Uhr abzugeben.
Bei Herrn Kaufmann Th. Bolczek wird eine bestmögliche Anzahl **Fleisch-Konferven** — gute Ware — je Dose 4 Pfund — markiert, soweit der Vorrat reicht zum Preise von 16 M. je Dose verkauft. Jede Haushaltung darf nur eine Dose abholen.

Bei den Kaufleuten Pallowski, Lubecki, Sollorz und Herich wird — soweit der Vorrat reicht — ohne Marke **kondensierte Milch** — 1 Dose 1,60 M. — abgegeben. Haushaltungen bis zu 4 Köpfen erhalten 1 Dose, solche mit mehr als 4 Köpfen 2 Dosen.

Bei denselben Kaufleuten — also Pallowski, Lubecki, Sollorz und Herich — sowie Th. Bolczek und Bock wird **Soufflé** in Dosen in unbeschränkter Menge und markiert, je Dose 5 Mark verkauft.
Sohrau O.S., den 20. Mai 1919.
Der Lebensmittel-Ausschuss.

Lichtspielhaus Sohrau
(Schäfersaal.)
Mittwoch, den 21. Mai 1919:
Herbstzauber.
Schauspiel in 4 Akten
von Margot Meyer mit Lina Salten
in der Hauptrolle.
Habakuk.
Ein köstliches Lustspiel in 2 Akten.
Anfang abends 8 Uhr.

Kath. Jugendverein.
Donnerstag, den 22. Mai, abends 8 Uhr:
Sitzung im Vereinslokale.
Vortrag des Studienassessors Herrn Dorminger über: „Erlebnisse aus dem Völkerrkrieg.“
Vollständiges Erscheinen wird bestimmt erwartet.
Der Vorstand.

Kohlen
gute Marken, hält in größeren Mengen vorrätig
Kohlen-Niederlage
Bahnhof Sohrau O.-S.

Gefunden Eisernes Kreuz
auf der Breitenstraße. Gegen Erstattung der Inserationskosten abzuholen beim
Polizei-Wachmeister Bucher.

2 gut erhaltene Fahrräder
mit Gummibereifung sind zu verkaufen.
Max Preiss.

Mehrere
kräftige Arbeiter
steht ein
Deutsche Luftfilter-Baugesellschaft
Sohrau O.-S.

Wegen Verletzung des jetzigen Mädchens wird für bald oder spätestens 1. Juli
kräftiges Mädchen,
kath., für Haus- und Gartenarbeit in Beamtenhaushalt auf Land gesucht. Angebote mit Lebensbeschreibung unter P. 91 an die Expedition d. Bl. erbeten.